

ÄRZTEVEREIN · Parade 5 · 23552 Lübeck

Herrn
Minister Dr. Jost de Jager
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft
Und Verkehr
Düsternbrooker Weg 94
D-24195 Kiel

GESCHÄFTSZEITEN: MO – DO 9.00-12.00 UHR

RUF (0451) 7 22 53, Fax. 70 63 179

e-mail: aertzevereinluebeck@web.de

Parade 5

23552 LÜBECK, den 31.05.2010

Sehr geehrter Herr Minister,
Sehr geehrter Herr Dr. de Jager,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ärztevereins Lübeck e.V. 1809, möchte ich Ihnen in Bezug auf die Entscheidung über das weitere Schicksal des UK-SH Campus Lübeck folgendes zu bedenken geben:

Die Universitätsklinik Lübeck übt in der sie umgebenden Region mit mindestens 500.000 Einwohnern vielfältige Effekte auf Patienten, Angehörige, Ärzte und weitere medizinische und paramedizinische Berufsgruppen aus. Sie bindet als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung zwischen Hamburg, Kiel und Rostock eine große Zahl von medizinischen und wissenschaftlichen Leistungen an unsere Region und damit auch an das Bundesland Schleswig-Holstein.

Für die 450 im Ärzteverein Lübeck e.V. organisierten niedergelassenen Kollegen aus Lübeck sowie für die mir persönlich bekannten Kollegen im Umland kann ich daher sagen, dass ein Wegfall des universitären Status des UK-SH Campus Lübeck erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die medizinische Versorgungsstruktur im Süden Schleswig-Holsteins haben wird.

Bildlich gesprochen: das Abreißen von Leuchttürmen in Lübeck - und eine Vielzahl von Abteilungen der hiesigen Universitätsklinik haben einen „Leuchtturm-Status“, der sich mit entsprechenden Kieler Abteilungen zumindest messen kann -, nicht dazu führen wird, dass der „Schiffsverkehr“ dann automatisch nach Kiel gelenkt wird und im Bundesland verbleibt.

Ich gehe vielmehr davon aus, dass die Versorgung mit medizinischen Spitzen- und Sonderleistungen als Folge dieser Entscheidung im wesentlichen nach Hamburg abwandern wird. Dort haben sich sowohl der Asklepios-Konzern als auch das UKE in einer Weise positioniert, die schon jetzt dazu führt, dass eine Vielzahl von Patienten, Ärzten, Wissenschaftlern und weiteren medizinischen Fachkräften aus dem südlichen Schleswig-Holstein abgezogen werden. Dieser ohnehin vorhandene Trend würde sich durch den Wegfall des Universitätsstatus des UK-SH Campus Lübeck noch deutlich verstärken.

Wie von verschiedenen Betroffenen bereits angesprochen entsteht dadurch eine infrastrukturelle und wirtschaftliche Schwächung der Attraktivität unserer Region mit der Folge, dass das Land Schleswig-Holstein in südlichen Hälfte des Bundeslandes mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in Zukunft signifikant weniger Steuern einnehmen wird – um nur dieses rein fiskalische Argument zu nennen.

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins ist aber nicht nur für die Landeshauptstadt Kiel sowie die Region verantwortlich, die als Einzugsgebiet der Universitätsklinikum Kiel gilt. Sie ist in gleicher Weise verantwortlich für das medizinische, wirtschaftliche und soziale Wohl der südlichen Landesteile. In dieser südlichen Landeshälfte spielt die Universitätsklinik Lübeck nicht nur für die Hansestadt sondern auch für die gesamte Region zwischen Wismar, Hamburg, Husum und Kiel eine entscheidende Rolle.

Diese „Magnetfunktion“ des UK-SH Campus Lübeck zu opfern, wird sich meiner Meinung nach mittel- und langfristig als erheblicher Nachteil nicht nur für die Region, sondern auch für das Land Schleswig-Holstein insgesamt auswirken.

Damit würde sich auch die Situation der in anderen Krankenhäusern sowie in der Niederlassung tätigen Ärzte im Süden des Landes verschlechtern. Als Vorsitzender des ältesten Ärztevereins Deutschland bitte ich Sie daher, die Interessen der in dieser Region lebenden Menschen und der sie versorgenden Ärzte bei den bevorstehenden politischen Entscheidungen mit zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

PD Dr. med.habil. Sebastian Fetscher
(Vorsitzender des Ärztevereins Lübeck e.V.)